

„Nicht dokumentiert, nicht passiert“

Von Martin Strathmann (Text und Foto)

Holzminden. Der Volksmund nennt sie „Archivwürmer“, und der Ruf, der ihnen voraussetzt, läßt ihnen so verantwortungsvolle Tätigkeiten wie Aktendeckel säubern und Staubputzen zukommen. Daß die Arbeit eines Kreis- oder Stadtarchivars weit mehr beinhaltet, das will die Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Kommunalarchivare e.V. (ANKA) dokumentieren. Und sie will vor allem dazu beitragen, die Kommunen auf ihre Verantwortung hinzuweisen.

1963 wurde die ANKA als lose Verbindung gegründet, 1993 wurde in Hannover-Münden ein eigenständiger Verein ins Leben gerufen. Seit 30 Jahren trifft sich die Gemeinschaft regelmäßig zu Tagungen, um neueste Entwicklungen zu diskutieren, die Archivlandschaft in Niedersachsen kennenzulernen und den Kollegen vor Ort Unterstützung zu bieten.

Bei der 32. Tagung in Holzminden steht das Niedersächsische Archivgesetz ganz oben auf der Themenliste. „Dieses Gesetz hat enorme Bedeutung für die Kommunen“, erklärt der ANKA-Vorsitzende Dr. Jürgen Bohmbach, Stadtarchivar in Stade. Das Gesetz verpflichtet Kreise und Städte dazu, ein eigenes Archiv anzulegen bzw. sich zu Archivgemeinschaften zusammenzuschließen.

„Uns weht der Wind ins Gesicht“

„Wegen der Finanzschwierigkeiten der Kommunen weht uns der Wind ins Gesicht“, berichtet Bohmbach, aber er verweist auch auf die Bedeutung der Arbeit: „Was nicht in den Akten dokumentiert wird, ist für die Menschen in der Zukunft nicht passiert. Die Geschichte würde verändert, wenn die Archive das Material nicht schützen und sichern würden.“

„Schützen und sichern“ heißt aber nicht, die Aktenordner in einem Kellerraum der Stadt- oder Kreisverwaltung einzuschließen und fröhlich vor sich hinmodern zu lassen. Im Gesetz ist ein allgemeiner Nutzungsanspruch verankert, der auch rege in Anspruch genommen wird. Das Archiv der Stadt Holzminden, berichtet Stadtarchivar Matthias Seeliger, weiß zu berichten, daß vor allem Studenten, darunter auch einige aus Höxter, Lehrer und Schüler die Dokumentation nutzen. Und auch die Stadtverwaltung selbst greift gerne darauf zurück, weil sie weiß, daß Akten und Zeitungsaus-

schnitte binnen Minuten vorliegen.

„Wir werden mit aller Höflichkeit, aber auch mit der gebotenen Deutlichkeit klarmachen: Die Verpflichtung für die Einrichtung eines Archivs existiert“, kündigt Bohmbach an. Doch Probleme ergeben sich bei der Kontrolle: „Es ist ein durchaus nicht so theoretischer Ansatz, daß ein Kreis, der selbst kein Archiv hat, die Städte überprüft.“ Die Kommunen müßten erstmal dazu gebracht werden, darüber nachzudenken.

Doch Bohmbach läßt außer Zweifel, daß die Personalressourcen bei den Archivaren eng bemessen sind. „Wir brauchen sehr viel mehr in Kursen

aus- und fortgebildete Archivare“, fordert er. Nachdem AB-Maßnahmen kaum noch durchgeführt werden, gibt es „nicht genug Anwärter für den gehobenen Dienst“. In vielen Kommunen würde die Arbeit nur neben- oder ehrenamtlich ausgeführt.

98 Teilnehmer haben sich für die dreitägige Tagung angemeldet, sie werden neben der Gesamtsituation auch über die Einführung der Elektronischen Datenverarbeitung diskutieren, Exkursionen, unter anderem nach Corvey erleben und sich über die Geschichte der Psychiatrie in den Jahren der NS-Diktatur informieren lassen.



Den Kommunalarchivaren weht aufgrund der Finanzschwierigkeiten der Gemeinden der Wind ins Gesicht. Dennoch drängen sie darauf, daß das neue Archivgesetz des Landes Niedersachsen überall umgesetzt wird.